

Das tut die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Die GfbV dokumentiert Hintergründe und Entwicklungen und macht auf die alarmierende Zerstörung der indigenen Lebensräume in Brasilien aufmerksam. Mit Protestaktionen, Appellen und Veranstaltungen mit Vertretern der Betroffenen setzen wir uns für die Anerkennung und den Schutz ihrer Rechte ein. Um die indigenen Gemeinschaften zu unterstützen, suchen wir gemeinsam mit ihren Repräsentanten das Gespräch mit Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik.

Das fordern wir für die indigenen Völker Brasiliens

- Registrierung und Markierung der Grenzen ihres Landes
- Mitbestimmung bei gravierenden Eingriffen in ihr Territorium
- Stopp der Zerstörung des Regenwalds
- Keine Abschaffung der Verfassungsrechte der Indigenen Völker
- Nein zu PEC 215 und PEC 65

Bitte beteiligen Sie sich an den aktuellen Appellen auf unserer Homepage www.gfbv.de!



Sommer 2016

HELFEN SIE DEN INDIGENE VÖLKERN IN BRASILIEN!

Lesen. Informieren. Weitersagen. Mitmachen. Einfluss nehmen.

Auf www.gfbv.de oder fordern Sie unser kostenloses Infomaterial an!

SIE MÖCHTEN MEHR FÜR MENSCHENRECHTE UND MINDERHEITEN TUN?

Jede Spende hilft!
Treten Sie dem Kreis unserer Mitglieder und Förderer bei.
Wir senden Ihnen gern kostenlos mehr Informationsmaterial.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070
(BIC) BFSWDE33HAN



Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024 • D-37010 Göttingen
Tel.: 0551 49906-0 • Fax: 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de • www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat



Ihre Spende kommt an!

BRASILIEN
SPIELT MIT DEM FEUER!





Fest bei den Guarani-Kaiowá, Foto: Alobos Life/Flickr.com

Anlässlich der Olympischen Spiele versucht Brasilien, sich von seiner besten Seite zu zeigen. Der Staat möchte gern als ein Land wahrgenommen werden, das indigene Rechte groß schreibt. Doch die Demokratie bröckelt, Korruption hat das Land praktisch lahmgelegt und um Menschenrechte ist es schlimm bestellt. Die indigene Bevölkerung leidet darunter besonders.

Diskriminierung von Indigenen

Von den ungefähr 305 indigene Völkern Brasiliens leben ca. 90 in freiwilliger Isolation. Viele indigene Gemeinschaften haben weniger als 1.000 Angehörige. Auch deswegen werden sie in der Gesellschaft Brasiliens kaum wahrgenommen. Als favelados (Slumbewohner) beschimpft und als „arbeitslose Taugenichtse“ angesehen, werden sie oft von anderen Brasilianern verachtet. Viele Gemeinschaften sind völlig verarmt und abhängig von Sozialleistungen des Staates. Für sie heißt es: ohne Land kein Leben.

Im Bundesstaat Mato Grosso do Sul machen den Guarani-Kaiowá vor allem große Agrobusiness-Konzerne den Boden streitig, die Soja und Zuckerrohr in riesigen Monokulturen anbauen. Dass die Guarani seit Jahrhunderten auf diesem Land leben, ist ihnen völlig egal. Die Agrarlobby gewinnt leider immer mehr Einfluss im Parlament.

Politische Krisenzeiten

Nach der Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsidentin Dilma Rousseff wurde der konservative Michel Temer Übergangspräsident. Er gilt als Vertreter der Eliten, die zuallererst eine Stärkung der Wirtschaft interessiert, d.h. vor allem der Export von Sojabohnen, Zuckerrohr und Produkten der Viehzucht. Um diese Güter zu produzieren, braucht es jedoch große Flächen - Indigene sollen wieder einmal weichen. So hat Temer bereits angekündigt, dass Naturschutzgebiete und Territorien der Indigenen auf den Prüfstand kommen sollen.

Gefahr durch neue Gesetze

Schon unter Dilma Rousseff wurde die umstrittene Verfassungsreform PEC 215 vorangetrieben. Sie soll die Entscheidungsbefugnis für die Anerkennung von indigenen Territorien auf das Parlament übertragen. Dort jedoch ist die Lobby der Großgrundbesitzer, die das Land lieber wirtschaftlich erschließen, stark. Auch die Veränderung von bereits ausgewiesenen indigenen Schutzgebieten wäre dann möglich. Indigene im ganzen Land protestieren dagegen. Sie organisierten Demonstrationen und besetzten im Oktober 2015 den Kongress in Brasilia. Weiterhin soll ein neues Bergbau-Gesetz die industrielle Erschließung von indigenen Schutzgebieten ermöglichen, was zurzeit verboten ist. Im Mai 2016 wurde im Senat über eine weitere Gesetzesänderung abgestimmt: PEC 65 soll die Ausführung von Großprojekten erleichtern. Statt eines Drei-Stufen-Plans zur Über-

prüfung der Umweltverträglichkeit soll nur noch eine Umweltstudie erforderlich sein, die auch vom künftigen Bauträger selbst durchgeführt werden kann. Der Industrialisierung des Amazonas und anderer nicht erschlossener Regionen Brasiliens stünde nichts mehr im Wege. Umwelterstörung und Menschenrechtsverletzungen werden durch diese Gesetzesänderungen legalisiert. Um diese Entwicklung zu stoppen, muss die internationale Gemeinschaft Druck auf die brasilianische Regierung ausüben.



Für riesige Monokulturen Zuckerrohr werden in Mato Grosso große Waldflächen, ehemals das Land der Guarani, gerodet.

Fotos: Luciano De Faveri - Fotolia.com, Percursodacultura - Flickr.com